

BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2023



- * 4 Wahlen - Eine Analyse der Wahlen *
- * 12 Kantonsrat - Zuger Pflästerli-Politik *
- * 17 Junge Alternative - Kipp-Punkt der Politik *
- * 18 Verkehr - Ist ein Tunnel zeitgemäss? *
- * 23 Jugend - Einsatz fürs Klima *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Nervosität und Zeithorizonte

4 Wahlen

Die Analyse der Wahlen

8 Wahlen

Fotos

10 Wahlen

Klima- UND Sozialpolitik

11 Wahlen

So schwach

12 Kantonsrat

Zuger Pflästerli-Politik

14 Gesundheit

Sackgasse

16 Sekretariat

Neueröffnung

17 Junge Alternative

Kipp-Punkt der Politik

18 Verkehr

Ist ein Tunnel zeitgemäss?

19 Grünspecht

Nach dem «Rechtsrutsch»

20 Grüne Schweiz

Grün gegründet – Teil 3

23 Jugend

Einsatz fürs Klima

24 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Am Tag der Nationalratswahlen im Oktober 2023 ist das Interesse für die ersten Resultate gross!

Nervosität und Zeithorizonte

Oliviero Reusser, Wahlkampfleiter



Wieder ein Jahr um, wieder ein Wahlkampf vorbei. Mit der erfolgreichen Verteidigung des Nationalratssitzes der ALG mit Manuela Weichelt war dieser durchaus erfolgreich. Nach dem Scheitern des Angriffes auf den bürgerlichen Regierungsratsblock kann die Partei nun erstmals aufatmen und sich von zwei anstrengenden Jahren erholen. Wahlkämpfe sind nicht nur eine stressige und intensive Zeit, sondern bringen auch immer wieder wechselnde Emotionen und Gefühlslagen mit sich. Dies gilt für die Kandidat*innen, aber auch für die Wahlkampfleitung oder den Wahlauschuss. Die wahre Herausforderung liegt darin, auch in einem solchen Auf und Ab einen kühlen Kopf zu bewahren und den gesteckten Prinzipien und Grundsätzen treu zu bleiben.

Der Wahlkampf war dieses Jahr einfacher als der von 2022, weil weniger verschiedene Ebenen zu bearbeiten waren, nämlich Nationalrat und Ständerat. Dies ermöglichte es, in der Anfangs- und Vorbereitungsphase den Grundrahmen, die Ziele und die Gefahren früh abzustecken. Das

Ziel war klar, der Nationalratssitz muss gegen den rechtsbürgerlichen Angriff verteidigt werden. Durch eine effiziente und wirksame Mobilisierung unseres erweiterten Lagers sollte dieses Ziel erreicht werden. Während dies im Grundsatz früh gelang, zeigten sich bei der effektiven Zusammenarbeit und Mobilisierung unserer Partner erste Schwierigkeiten. Dies war auch den konkreten organisatorischen Umständen geschuldet, also Listenverbindungen und begrenzten Ressourcen. Das Loslassen von Ambitionen und Möglichkeiten, welche sich in einer besseren Situation ergeben hätten, schon früh in der Planung des Wahlkampfes ist nicht einfach. Grundlage und Voraussetzung für einen Erfolg ist eine motivierte und gut organisierte Partei, in welcher klar miteinander kommuniziert und an einem Strick gezogen wird. Darauf lässt sich aufbauen, was dieses Jahr erfolgreich gelang. Trotz schwieriger Ausgangslage war die Partei sehr aktiv, an vielen Orten regelmässig präsent und konnte auch mit kreativen und pointierten Ideen Lust auf Wahlkampf

3
 machen. Damit der Wahlkampf nicht zur Pflichtübung wird, ist dies besonders wichtig. Das Management der Emotionen, sei dies auf persönlicher und kollektiver Ebene, spielt hierbei eine wichtige Rolle. Der Druck, zu entwickeln und umzusetzen, ist im Wahlkampf auf den involvierten Personen besonders hoch. Das hohe Tempo führt zu einer Vervielfachung von Ideen und Prozessen mit unterschiedlichen Zeithorizonten, welche gleichzeitig gehandhabt werden müssen. Es ist darum nicht verwunderlich, dass die Nervosität oftmals überhandnimmt und das Bedürfnis sich aufdrängt, Sicherheit und Kontrolle zu spüren. Dies führt dazu, dass immer öfters Auskünfte und Übersichten verlangt werden und Nachfragen geschehen, ob denn etwas jetzt wirklich gemacht wurde und ob das jetzt klappt. Dies ist Fluch und Segen zugleich: Die Belastung nimmt zu, gleichzeitig können Fehler und Kommunikationslücken abgewendet werden. So ist man immer froh, wenn etwas wie geplant klappt und dadurch auch neue Energie entsteht, die man in Anstehendes investieren kann. Als Wahlkampfleitung befindet man sich mitten im Sturm des Wahlkampfes und wird regelmässig auf die Probe gestellt. Gefragt sind Durchhaltevermögen, Biss und ein kühler Kopf, der sich auf das Wesentliche zurückbesinnen kann. Zurückblickend kann ich sagen, dass man sich dabei aber auch formt und dazulernt – solche intensive Phasen mit viel Druck kommen im normalen Leben selten vor. Zurück bleibt auch viel Dankbarkeit für die Wertschätzung und Unterstützung, die man in einer solchen Rolle erhält. Schlussendlich ist es ein gemeinsames Unterfangen im Team, und ein geteilter Sieg macht viel mehr Freude als ein alleiniger. ■

Die Analyse der Wahlen

Konradin Franzini und Luzian Franzini

4 Der Wahlsonntag war in vielerlei Hinsicht eine Zitterpartie. Trotzdem konnten die Grünen viele ihrer Nationalrats- und Ständeratssitze halten – so auch in Zug. Der Sieg in Zug ist gleich ein dreifacher: Die Alternativen – die Grünen konnten mit ihrer bisherigen Nationalrätin Manuela Weichelt ihren Sitz verteidigen. Damit konnte auch ein zusätzlicher Sitzgewinn für die SVP verhindert werden. Nicht zuletzt haben die Alternativen – die Grünen Kanton Zug entgegen dem nationalen Trend nur wenige Prozente Stimmenanteil verloren und dürfen sich nun stolz die stärkste Kantonalpartei der GRÜNEN in der Schweiz nennen.

In Zug konnten die Alternativen – die Grünen (inkl. CSP) 17,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen und sind damit klar drittstärkste Kraft im Kanton. Die FDP erzielte mit 13 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis im Kanton Zug. Die GLP (6,2 Prozent) überflügelte wie bereits bei den Nationalratswahlen 2011 die SP, die mit 5,1 Prozent ihr historisch schlechtestes Resultat einfuhr. Auf kantonaler Ebene verlor die SP im Vergleich zu den letzten Nationalratswahlen 4,25 Prozentpunkte. Selbst bei der Abwahl von Jo Lang 2011 erzielte die SP noch

5,3 Prozent. Insbesondere in der Stadt Zug, aber auch in Cham, Baar, Steinhäusern und Walchwil erzielte die Partei deutliche Verluste. Im Vergleich zu den kantonalen Wahlen im vergangenen Jahr ist der Verlust sogar bei 5,2 Prozentpunkten – die SP Zug halbierte also ihren Wähler*innenanteil. Dies hängt sicher damit zusammen, dass sie nicht mit bekannten Gesichtern und Zugpferden ins Rennen stieg. Damit ging die Partei das Risiko ein, den Verlust des einzigen linken Zuger Nationalratssitzes in Kauf zu nehmen. Das konnte die ALG dank eines enga-

gierten Wahlkampfes und bekannten Gesichtern aus vielen Gemeinden verhindern. Auch die Gewerkschaftsliste steuerte wertvolle Stimmen für den Sitzertahl bei.

Listenverbindungen

Im kleinen Kanton Zug sind mit drei Nationalratssitzen Listenverbindungen zentral für einen Sitzgewinn. Die linke Listenverbindung verpasste ein Vollmandat (siehe Seite 25), dafür wären 1888 Stimmen mehr nötig gewesen. So gab es unterschiedliche Szenarien bei den bürgerlichen Parteien, wie der Nationalratssitz der ALG am besten abgejagt werden könnte. Nach den Wahlen stellt sich heraus: Einzig eine Allianz aller bürgerlichen Parteien (inklusive GLP) hätte dazu geführt, dass Manuela Weichelt abgewählt worden wäre. Jedoch wäre der Sitz nicht an die FDP gefallen – weder in der aktuellen Listenverbindung zwischen SVP und FDP, noch in einer gesamtbürgerlichen Allianz. Das Resultat wäre in allen Fällen ein zwei-



So viele Listen wie im Wahljahr 2023 gab es in Zug noch nie. Ob diese Listenflut auch zu einem höheren Wähler*innenanteil führt, ist umstritten.

ter Sitz für die SVP gewesen. Dieser wäre an den Präsidenten der kantonalen SVP und Ständeratskandidaten Thomas Werner gefallen. Damit zeigt sich erneut deutlich, dass die FDP letztlich nur noch Steigbügelhalter für Aeschi und Co. ist.

Bei den Ständeratswahlen waren wenige Überraschungen zu erwarten. Die Mitte und die FDP konnten mit zwei Bisherigen in die Wahlen steigen und erzielten entsprechende Resultate. Peter Hegglin (Mitte) erzielte in Zug, Baar und Cham unterdurchschnittliche Ergebnisse, erhielt aber überall über 50 Prozent der Stimmen. Er stand also auf über der Hälfte aller Stimmzettel. Matthias Michel (FDP) erzielte in Zug, Hünenberg, Steinhausen und Walchwil überdurchschnittliche Resultate. In Menzingen und Unterägeri stand er aber auf weniger als der Hälfte der Wahlzettel. Thomas Werner (SVP) und Manuela Weichelt (ALG) standen kantonal auf 23,9 respektive 22 Prozent aller Stimmzettel. Trotzdem erzielte Manuela Weichelt ein starkes Resultat. So konnten wir bei den letzten drei Wahlen noch nie so viele Stimmen auf die ALG-Ständeratskandidat*innen vereinen (Tabea Zimmermann Gibson 20,6 Prozent in 2019, Andreas Lustenberger 14,7 in 2015, Stefan Gisler 13,9 in 2011). Die GLP holte mit Kim Weber 12,5 Prozent und steht damit deutlich über ihrem Wahlresultat bei den Nationalratswahlen. Zu denken sollte auch das Wahlresultat von Marco Rima geben, welcher mit 9,5 Prozent 3941 Wähler*innen überzeugen konnte.

Bei den Nationalratswahlen verloren die Grünen schweizweit 3,42 Prozentpunkte und liegen jetzt bei 9,78 Prozent. In Anbetracht des Zugewinnes bei den Wahlen 2019 von 6,11 Prozent ist der Verlust verkraftbar. Obwohl die 10-Prozent-Marke knapp verfehlt wurde, wurde das zweitbeste Wahlergebnis der Geschichte erzielt und trotz des Verlusts von fünf Nationalratssitzen bestätigt dies das Ergebnis von

2019, als 17 Sitze gewonnen wurden. Im Ständerat verlieren die Grünen nun ihre Gruppenstärke und sind nur noch mit drei Sitzen vertreten. Der Verlust der Gruppengrösse (siehe Seite 25) stellt einen entscheidenden Einflussverlust in der kleinen Kammer dar. Insgesamt konsolidierte sich die Linke im Ständerat seit den 2000er-Jahren. Vor den aktuellen Wahlen hatte sie 11 linke Ständeräte, nun sind es wieder 12. Die SVP verliert einen Ständeratssitz im Aargau sowie einen parteilosen Vertreter in Schaffhausen. Die politische Mitte gewinnt leicht an Gewicht, insbesondere die Mitte ist nun mit 15 Ständeratssitzen die stärkste Kraft. Insgesamt gibt es wenig Bewegung im Ständerat, vor allem innerhalb der politischen Lager.

Zeitlicher und räumlicher Vergleich

Detaillierte Analysen der Wähler*innenwanderung werden erst im Frühling 2024 publik. Erste Daten aus den Nachwahlanalysen zeigen jedoch eine Wähler*innenwanderung von den Grünen zur SP von 1,9 Prozentpunkten. Die Grünen erfahren aber auch eine Demobilisierung von 0,6 Prozentpunkten sowie Wähler*innenwanderungen zur SVP (0,4 Prozent), GLP (0,3 Prozent) und Mitte (0,2 Prozent). Das Segment der Grünen ist überdurchschnittlich weiblich, jung und gebildet. Über alle Wähler*innen hinweg war der Klimawandel bei den Wahlen 2023 noch immer unter den drei wichtigsten Themen für den Wahlentscheid. Das wichtigste Thema für den Wahlentscheid ist jedoch die Migration (26 Prozent) knapp vor den Krankenkassenprämien (25 Prozent). Gerade in der Basis der Grünen bleibt der Klimaschutz für die Wahl absolut zentral. Allerdings geben auch viele SP-Wählende an, dass sie die SP aus diesem Grund gewählt haben. Da der Wahlerfolg der Grünen im Jahr 2019 sehr stark auf Wechselwähler*innen der SP beruhte, lässt sich das eher schwache Profil der Grünen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik als

möglichen Grund für die Wahlverluste eruieren. Bei den Gründen für eine Wechselwahl wurde immerhin bei einem Drittel aller Wähler*innen die Unzufriedenheit mit dem Umgang der ehemaligen Partei bzgl. der Krankenkassenprämien angegeben. Die Alternativen – die Grünen Kanton Zug haben im Gegensatz zur nationalen Partei ein starkes soziales Profil und sind aufgrund ihrer Nähe zu den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen eine glaubwürdige Stimme für Kaufkraftthemen. Manuela Weichelt weist als Gesundheits- und Sozialpolitikerin das ideale Profil auf, um in dieser Themenlage punkten zu können. Gemäss der Nachwahlbefragung soll das neue Parlament Massnahmen gegen die Kostensteigerung im Gesundheitswesen ergreifen, Prämienverbilligungen ausbauen, die Energiewende vorantreiben.

Die ALG konnte in grösseren und progressiven Gemeinden ein gutes Resultat erzielen. Im Vergleich zum kantonalen Resultat stechen insbesondere die Stadt Zug mit 21,95 Prozent, Steinhausen mit 20,59 Prozent und Cham mit 18,46 Prozent heraus. Aber auch in Baar und Hünenberg wurden überdurchschnittlich gute Resultate erzielt. Vergleicht man die Resultate mit dem Erdrutschsieg der ALG 2019 in Zug, so zeigt sich trotz Verlusten ein äusserst positives Bild. Entgegen dem nationalen Trend, wo wir über drei Prozent verloren haben, haben wir in den meisten Gemeinden lediglich einen Verlust von ein bis zwei Prozent zu verzeichnen. In Hünenberg und Neuheim lagen die Verluste leicht über zwei Prozent, aber dennoch deutlich unter dem nationalen Trend. In Walchwil konnten wir im Vergleich zu 2019 gar 0,4 Prozent zulegen. Vergleicht man das Resultat mit den Kantonsratswahlen vergangenes Jahr, zeigt sich ein noch positiveres Bild. In neun von elf Gemeinden erzielten wir ein deutlich besseres Resultat als noch bei den Kantonsratswahlen 2022. Einzig in Risch (-4,98 Prozent) und

6

Oberägeri (-2,16 Prozent) erzielten wir ein deutlich schlechteres Resultat, was jedoch mit den ausserordentlich starken Ergebnissen im Jahr 2022 zu erklären ist.

Wie viele Listen sind zu viel?

Bereits vor den Wahlen gab es eine schweizweite Diskussion, inwiefern die (in gewissen Kantonen) starke Zunahme an Unterlisten einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung und die Parteienstärke hat. Auch die ALG stieg im Vergleich zu den Wahlen 2019 mit zwei Listen mehr (insgesamt sieben, davon zwei Junge Alternative) ins Rennen. Hinzu kommt, dass die CSP und die Gewerkschaften ebenfalls mit einer eigenen Liste antraten. Die SP hingegen verfügte mit ihren vier Listen über drei weniger als noch bei den Wahlen 2019. Die linke Listenverbindung trat also insgesamt mit einer Liste mehr an, als dies 2019 der Fall war. Trotzdem ist die Frage zu stellen, was für einen Effekt diese Listenzunahme im Kanton Zug hat. Waren es 2019 noch 22 Listen, stieg die Anzahl bei den diesjährigen Nationalratswahlen auf deren 34. Der vielfach beschworene Effekt einer Überforderung der Wähler*innen und einem damit verbundenen Fernbleiben an der Urne ist nicht zu beobachten. So stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2019 um ein Prozent auf 53,1 Prozent und liegt damit 6,5 Prozent über der nationalen Wahlbeteiligung. Im Vergleich zu den letztjährigen Kantonsratswahlen liegt die Wahlbeteiligung sogar 9,1 Prozent höher. In Bezug auf die Parteienstärke liegen zu den diesjährigen Nationalratswahlen noch keine politikwissenschaftlichen Studien vor. Eine Auswertung der Universität Bern über die vergangenen 35 Jahre hat jedoch ergeben, dass es keinen signifikanten Effekt gibt. Sprich: Statistisch lässt sich (noch) nicht aufzeigen, dass mehr Unterlisten auch zu einem höheren Wähler*innenanteil

führen. Die Politologin Martina Flick Witzig beschreibt jedoch in Bezug auf diese Studie, dass ein leicht höherer Wähleranteil in der Studie ersichtlich sei: Jede zusätzliche Liste bringe im Schnitt etwa 0,2 Prozent mehr Wähler*innenanteil. Diese zusätzlichen Prozente können bei stark umkämpften Nationalratssitzen wie in Zug zentral sein, um den Sitzertahl zu garantieren. Mit Blick auf die Zuger Nationalratswahlen und die Liste der Alternativen – die Grünen Zug lässt sich ebenfalls ein Effekt erkennen. So schnitt beispielsweise die Liste «Berg» in den Gemeinden Unterägeri, Oberägeri und Menzingen überdurchschnittlich gut ab. Bei der Liste «Ennetsee» ist der gleiche Effekt in den Gemeinden Risch, Hünenberg und Cham ersichtlich. Auch die Liste «Urban» schnitt in Risch, Steinhausen und der Stadt Zug überdurchschnittlich gut ab. Auf der Liste waren ein ehemaliger Rischer und Stadtzuger Kantonsrat sowie zwei Kandidatinnen aus Steinhausen und der Stadt Zug. Unsere Kandidat*innen in diesen Gemeinden konnten also ihr Umfeld auf lokaler Ebene überdurchschnittlich gut mobilisieren. Dies zeigt sich ebenfalls in der Panaschierstatistik. Und auch bei anderen Parteien ist ein solcher Effekt zu erkennen. So erhielt die «AWG»-Liste der Mitte über den ganzen Kanton hinweg 1,5 Prozent der Stimmen. In Menzingen erreichte die Liste hingegen 6,56 Prozent, da die ehemalige Kantonsratspräsidentin der Mitte, Monika Barmet, auf dieser Unterliste kandidierte. Inwiefern sich diese Stimmen auf eine Hauptliste übertragen lassen würden, wenn es weniger oder keine Unterlisten mehr gäbe, ist schwer einzuschätzen. Politikwissenschaftliche Studien zeigen aber, dass Wähler*innen gerne Personen wählen, die sie persönlich kennen. Je mehr Kandidierende, desto grösser also die persönlichen Umfelder, die mobilisiert werden können.

Panaschierstatistik

Bei der Panaschierstatistik ist ein etwas stärkerer Stimmenaustausch zwischen ALG, Mitte und SVP zu beobachten. Dies ist höchstwahrscheinlich auf den Bisherigen-Effekt zurückzuführen. Am meisten Panaschierstimmen erhielt die ALG-Hauptliste von der Mitte (über 1150), gefolgt von der SP (über 500) und der GLP (über 200). Die ALG erhielt insgesamt mehr Panaschierstimmen von der SP als umgekehrt. Anders sieht es bei der CSP aus, die mehr Panaschierstimmen von der ALG erhielt als umgekehrt. Mit Spannung wurde das Ergebnis der CSP erwartet, ist sie doch nach der Neubenennung der Mitte die einzige Partei mit dem christlichen C im Namen. Mit einem Wähler*innenanteil von 1,1 Prozent scheint das Potential der christlichen Wähler*innen keinen grossen Effekt gehabt zu haben. Immerhin wird die Partei 220-mal auf der Mitte-Listen panaschiert. Manuela Weichelt konnte mit 5712 Stimmen mehr als doppelt so viele Panaschierstimmen wie ihre Mitstreiter*innen auf der Hauptliste auf sich vereinen. Am meisten Panaschierstimmen erhielt Manuela Weichelt von der Mitte-Hauptliste (862). Auf der ALG-Hauptliste konnte die Drittplatzierte Tabea Zimmermann Gibson einen Platz wett machen und landete auf dem ersten Ersatzplatz hinter Manuela Weichelt. Dies gelang insbesondere aufgrund Kumulierung auf der eigenen Hauptliste sowie Panaschierstimmen aus der GLP und der SP. Andreas Lustenberger konnte im Vergleich zu Tabea Zimmermann Gibson bei den ALG-Unterlisten, der Mitte und der FDP zusätzliche Stimmen holen. Bei den Unterlisten erzielte insbesondere die Liste «Urban» mit Luzian Franzini ein beachtliches Resultat. Die Junge Alternative Zug konnte mit 0,9 Prozent das Resultat von 2019 (1,7 Prozent) nicht bestätigen. Es gibt die These, dass die Parteibindung bei den Wähler*innen immer stärker abnimmt. Panaschierstim-

men werden dementsprechend immer wichtiger für das Gesamtergebnis. Während bei den Wahlen 2003 noch knapp 40 Prozent eine unveränderte Liste einwarfen, waren es bei den Wahlen 2019 weniger als 30 Prozent. Bei den Wahlen 2023 ist dieser Trend zumindest in Zug durchbrochen worden. So stieg der Anteil unveränderter Parteilisten bei allen Parteien – am stärksten bei den beiden Verlierern SP und FDP, was sicherlich mit dem tieferen Wähler*innenanteil zusammenhängt. Interessant ist jedoch beispielsweise bei der SVP eine Steigerung von über 6 Prozent sowie bei der Mitte um 5,8 Prozent, bei steigendem Wähler*innenanteil. Auch die ALG konnte die Parteitreuheit um 4,1 Prozent steigern. Diese Steigerung ist verhältnismässig tief – die ALG hat damit nach der Mitte eine eher untreue Wähler*innenbasis. Zwar zeigt dies auch, dass unsere Kandidat*innen von anderen Parteien stark panaschiert wurden und wir dadurch parteiübergreifend wählbar sind. Jedoch ist es gerade auch mit Blick auf künftige Wahlen wichtig, auf die eigene Basis zählen zu können.

Fazit für den Kanton Zug

Die Alternativen – die Grünen bleiben mit Abstand die stärkste Kraft im progressiven Lager. Insgesamt verliert die Partei weniger als im nationalen Durchschnitt. Der Schluss liegt nahe, dass das starke sozial- und wirtschaftspolitische Profil der Partei zu diesem Erfolg beigetragen hat. Indem die Partei die Finanzierung des russischen Regimes über den Zuger Rohstoffhandel bereits seit Jahrzehnten kritisiert, konnte ein glaubwürdiges Profil in Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufgebaut werden. Aber auch mit steuerpolitischen Themen wie der OECD-Mindeststeuer konnte sich die Partei global-solidarisch profilieren. Kaufkraft- und Steuerthemen stehen auch im Zentrum der Fraktionsarbeit im Zuger Kantonsrat. Gleichzeitig



Während bei den Wahlen 2003 noch knapp 40 Prozent eine unveränderte Liste einwarfen, waren es bei den Wahlen 2019 weniger als 30 Prozent. Panaschierstimmen werden dementsprechend immer wichtiger für das Gesamtergebnis.

nominierte die Partei eine Grosszahl an bekannten Persönlichkeiten und Nachwuchstalente, welche im ganzen Kanton und in unterschiedlichen Milieus vernetzt sind und zur jeweiligen Mobilisierung des Wähler*innensegmentes beigetragen hat. Die Wähler*innenwanderung, welche im nationalen Kontext hin zur SP beobachtbar war, liess sich in Zug verhindern. Auch wenn die nationale Themenlage bei eidgenössischen Wahlen ein wichtiger Faktor bleibt: Wichtiger sind Bekanntheit und Profil von Kandidierenden, was sich beispielsweise beim schwachen Ergebnis der SP zeigt. Mittelfristig ist der linke Zuger Sitz im Nationalrat nur gesichert, wenn die progressiven Parteien gemeinsam ein Vollmandat mit 25 Prozent erreichen. Dafür braucht es einen engagierten Wahlkampf und bekannte Persönlichkeiten aus allen linken Parteien.

Für die nationale Partei könnte sich die Zuger Ausrichtung als richtungweisend erweisen. Es ist kein Zufall, dass die Grünen dort, wo sie auch ein konsequentes sozial- und wirtschaftspolitisches Profil haben, unabhängiger von der Themenlage konstant gute Ergebnisse erzielen. Um als potenzielle Bundesratspartei in Frage zu kommen, muss sie ein breites Profil mit Antworten auf die grossen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen entwickeln und darf sich nicht monothematisch «verzweigen». ■

Begriffserklärung

«Gruppenstärke» und «Schwellenwert für ein sicheres Vollmandat» s. Kasten Seite 25

Es braucht viele

Redaktion BULLETIN | Fotos Paula Gisler

8

Am 22. Oktober 2023 fanden die Nationalrats- und Ständeratswahlen statt. Neben den vielen Kandidierenden legten sich auch Nachbar*innen, Partner*innen, Wahlplakataufsteller*innen, Flyerverteiler*innen und viele mehr mächtig ins Zeug und die Spender*innen langten zusätzlich in die Tasche. Politik ist nämlich nicht primär eine Sache «vo dene z’Bern obe» – auch wenn einige das immer wieder behaupten –, sondern von vielen ehrenamtlichen Helfer*innen in allen Gemeinden. So funktioniert Basisdemokratie. Die Bilder zeugen auch davon.



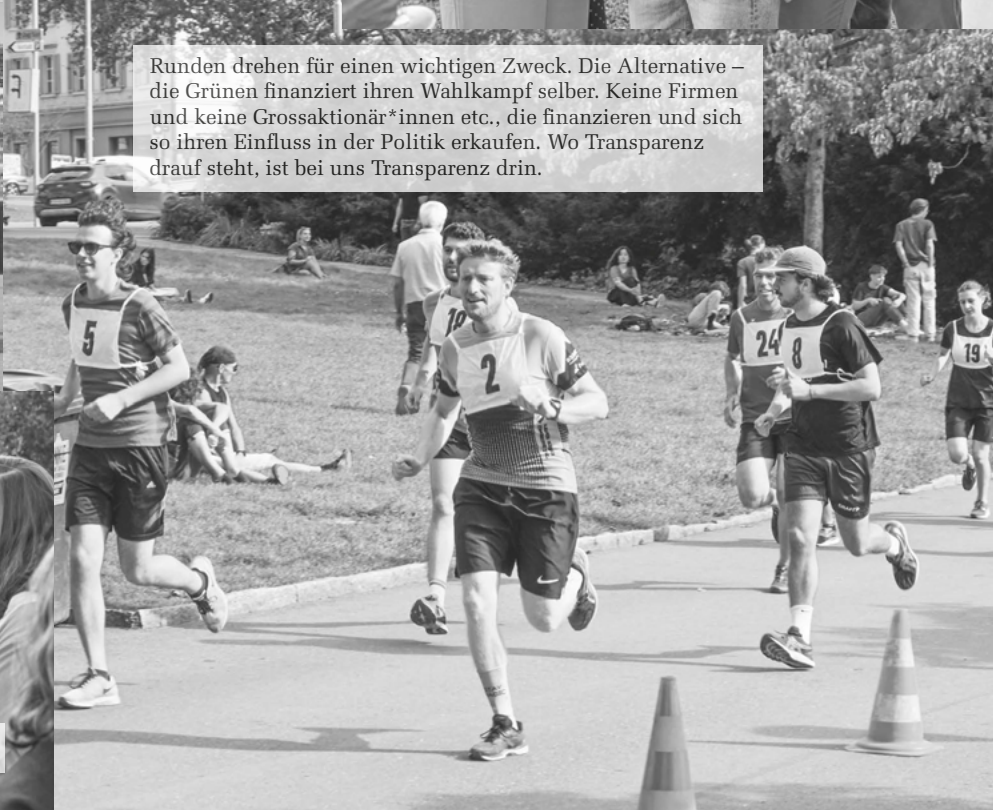
Der fotografische Startschuss zum Sponsoring-Lauf 2023. Allerdings haben die Athlet*innen ihre Leistung schon erbracht.



Hier wird analysiert und bewertet. Auch das gehört zu einer Wahlfeier.



Es braucht auch jene, die die Sportler*innen anfeuern. Allezz, allezz!



Runden drehen für einen wichtigen Zweck. Die Alternative – die Grünen finanziert ihren Wahlkampf selber. Keine Firmen und keine Grossaktionär*innen etc., die finanzieren und sich so ihren Einfluss in der Politik erkaufen. Wo Transparenz drauf steht, ist bei uns Transparenz drin.



Spannende Gespräche in entspannter Atmosphäre



Gross ist die Erleichterung bei Manuela Weichelt, nachdem die Gewissheit da ist, dass der Sitz gesichert ist.



Stiller Genuss!



Das genaue Studium der Wähler*innenstimmen muss sein.



Was wird hier wohl ausgeheckt?



Eine Wahlfeier bringt die Helfer*innen zusammen. Danke an alle!



Eine Band untermalte die gelungene Wahlfeier perfekt mit wunderbarer Musik. Merci!



Ein herzliches Dankeschön an alle Kandidierenden. Hanni Schrüber ist Tütschmeisterin und hat die Verdankung organisiert und durchgeführt. Auch ihr gebührt ein grosses Dankeschön!

Klima- UND Sozialpolitik

Josef Lang

10

Seit 1991 machen die Zuger Alternativ-Grünen mindestens 40 Prozent mehr Stimmen als die Schweizer Grünen. Wenn die soziale Frage wichtig ist, sind es 80 Prozent.

Mit 17,4 Prozent schaffte die Alternative – die Grünen Kanton Zug das beste Resultat aller grünen Kantonal-sektionen. Der Verlust von 1,8 Prozent liegt unter einem Zehntel des Superresultats von 2019. Damit liegen die linken Grünen fast 80 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt (9,8). Die 19,2 Prozent von 2019 waren 45 Prozent über dem Resultat der Schweizer Grünen (13,2) gewesen. Da der Kanton Zug historisch eine starke Sozialdemokratie hat, ist der übliche Verweis auf eine «schwache SP» wenig stichhaltig. Noch 1987 lag die SP Zug mit 22,6 Prozent deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt (SPS 18,4). Die Sozialistisch-Grüne Alternative (SGA) lag mit 7,8 Prozent unter der Summe der Grünen Partei Schweiz (GPS 4,9) und dem alternativen Grünen Bündnis (GBS 4,0). Ab 1990 begann es kantonal und national zu drehen. Bei den Nationalratswahlen 1991 kam die Zuger SP auf 16,1 Prozent (SPS 18,5), die SGA auf beachtliche 10,1 Prozent. Die GPS, denen sich zwischenzeitlich die meisten GBS-Gruppen angeschlossen hatten, schaffte bloss 6,2 Prozent.

Soziale Bewegungen und Fragen

Wie erklärt sich der damalige Sprung der Zuger Alternativ-Grünen? Die fünf Jahre von Ende 1987 bis Sommer 1992 waren geprägt durch soziale Bewegungen sowie eine tiefe Armee- und Staatskrise (Fichen- und P26-Affären). Während die SGA in all diesen Bewegungen aktiv mitmachte und sich über System-Kritik profilierte, verpassten die SPS wie die GPS viele dieser Chancen. Obwohl die grüne Basis zu 78 Prozent die GSoA-Initiative unterstützte, beschloss die GPS Stimmfreigabe. Auffällig bei den Grünen war 1991, dass die neuen Kantonal-sektionen, die aus dem GBS kamen, besser abschnitten als

die gemässigeren Gründungs-Parteien (VD, GE, ZH). So eroberte das mit der GSoA ebenfalls eng verbundene Grüne Bündnis Luzern mit 9,3 Prozent einen Nationalrats-sitz.

1995 passierte etwas noch Auffälligeres: Während die GPS auf 5,2 Prozent abstürzte, machte die SGA mit 10,4 Prozent doppelt so viele Stimmen. Derweil legte die SPS um 3,3 auf fast 22 Prozent zu, während sich die Zuger SP leicht steigerte auf 17 Prozent. Damit gewann diese den dritten Sitz, den der Kanton Zug erstmals erhalten hatte.



Am 3. März 2022 demonstrierte die Alternative – die Grünen in Zug gegen die russischen Verflechtungen in Wirtschaft und Politik.

1995 standen die Nationalratswahlen stark im Zeichen der sozialen Frage. Da die Zuger Alternativ-Grünen diese nicht der SP überliessen, konnten sie sogar zulegen.

Abgesehen von 1999, wo die Alternativ-Grünen mit der SP eine gemeinsame Liste machten und 2015, wo wir aus politikfernen Gründen auf 7,2 Prozent abstürzten, bestätigten sich seither die Muster von 1991 und 1995. Als wir 2003 mit 13,6 Prozent erstmals die SP überholten und damit den linken Nationalrats-sitz holten, spielte unser Protagonismus in der mächtigen

Friedensbewegung gegen den Irakkrieg eine Schlüsselrolle. Selbst 2011, als der Zuger Sitz wegen des Absturzes der SP auf 5,3 Prozent verloren ging, waren wir mit 16,1 Prozent fast doppelt so stark wie die Schweizer Grünen (8,4).

Linkste Grüne sind stärkste Grüne

Bei den jüngsten Wahlen wurden die Zuger Alternativ Grünen dafür belohnt, dass sie zusätzlich zum Ökologischen auch das Soziale stark betonten. Hilfreich war dabei die Tatsache, dass Manuela Weichelt in der Krankenkassen- wie auch in der Wohnfrage sehr profiliert ist. Leider blieben ihre Warnungen für eine soziale Korrektur im nationalen Wahlkampf chancenlos. Dasselbe

passierte ihr in der Ablehnung eines allfälligen Angriffs auf einen SP-Bundesrats-sitz. Diesbezüglich wurde zu wenig bedacht, dass viele Stimmen, die wir 2019 gewannen, sozialdemokratische Leihstimmen waren. Statt diese mit Sozialpolitik an uns zu binden, haben wir sie mit der Bundesratsfrage brüskiert.

Zum Schluss noch dies: Die Alternative – die Grünen Kanton Zug wurde auch für ihre jahrelanges Engagement gegen die Putin-Aufrüstung belohnt. Dieses hätten wir nicht geleistet, wären wir nicht systemkritisch. ■

So schwach

Redaktion BULLETIN

Die Wahlen sind vorbei, die Wunden gelect, die Freude verebtt. Die Slogans zu den Wahlen sind ein ganz eigenes Kapitel. Die Redaktion des BULLETIN wollte zuerst ein Querfeldein durch die Parteimottolandschaft machen, wurde aber von der FDP ausgebremst. Was? Wir. machen. Zug. stark. Echt jetzt? Wir haben herumgefragt und hier sind die Reaktionen.

11



Aufwendige Wahlkampf-Inszenierung dank dickem Portemonnaie: Die FDP mietete Anfang September das Freiburger Eishockeystadion. Foto: Laurent Gilléron (Keystone)

Von «Wir machen Zug stark!» – We Make Zug Strong (again) – zu «Make America Great Again» - MAGA von DJ Trump ist ein kurzer Weg. Wo bleiben die visionären Inhalte? Stark in was? Für wen konkret? Zu wessen Gunsten? Auf wessen Kosten? Wer schützt die Schwachen? Wer stärkt sie gar?

Trumpismus («Make America Great again»), Chauvinismus, Anheizung des Steuerwettbewerbs, What aboutism etc. «Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich in ihrem Umgang mit den Schwächsten» – die FDP macht Zug in diesem Sinne schwächer und schwächer.

Wir machen Zug stark. Und was habt ihr bisher gemacht?

Wir machen Zug stark, also noch mehr Gewinn, noch mehr Rohstoffgiganten, noch mehr finanzstarke Firmen, noch mehr Treuhandbüros... könnte man beliebig fortsetzen.

Wo schwächelt denn Zug bisher? Wohl dort, wo die FDP bremst? Fehlende Velowege, zu viele Parkplätze?

Zuger Pflästerli-Politik

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

12

Am 28. November 2021 wurde die Initiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)» von Volk und Ständen mit einem Ja-Anteil von 61 Prozent angenommen. Sie verlangt, dass Bund und Kantone die Pflege als wichtigen Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkennen und fördern. Der Zuger Regierungsrat hat dazu eine Vorlage ausgearbeitet. Die Alternative – die Grünen nahm dazu Stellung und lehnt die Vorlage ab.

Die Fraktion der Alternative – die Grünen Kanton Zug (ALG) hat in vorangegangenen Vorstössen immer wieder auf die Dringlichkeit der Umsetzung von Massnahmen in Bezug auf die Situation der Pflegefachkräfte hingewiesen und raschere Massnahmen gefordert. Was der Regierungsrat nun aber mit dem «Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (EG FAP)» vorsieht, lehnt die ALG ab. Die Zuger Regierung macht mit der Vorlage einen hilflosen Versuch, die Ausbildungs-offensive pro forma umzusetzen.

Ignoranz

Mit dieser Vorgabe, dass es nur genügend ausgebildetes Fachpersonal brauche, werden die wirklichen Gründe des Notstands der Pflegefachkräfte weiterhin ignoriert und die bestehende Situation weiterhin zementiert. Die Pflegefachkräfte werden in ihren geforderten Anliegen mit dieser Vorlage nicht ernst genommen! Um die Probleme zu lösen, müssen zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt, bzw. die Entlohnung und Entlastung der Pflegefachkräfte angegangen werden. Eine Pflästerli-Politik, wie sie angedacht ist, wird die Situation längerfristig zusätzlich verschärfen. Nur als Vergleich: Der Zuger Regierungsrat möchte pro Jahr maximal 2,2 Millionen Franken in die Umsetzung der Pflegeinitiative investieren (während der nächsten acht Jahre max. 17,5 Millionen Franken), möchte aber für ein Forschungsinstitut für Blockchaintechologie 39 Millionen Franken aufwerfen. Kla-

rer kann die Zuger Regierung ihre Prioritäten nicht zeigen. Der Zuger Regierungsrat scheint die Augen vor dem Pflegenotstand trotz aller Statistiken, trotz aller Warnhinweise zu verschliessen. Auch ignoriert er den Volkswillen aufs Gröbste. Mit den Massnahmen der Regierung kann der Fachkräftemangel nicht gelöst werden. Arbeitsschutz und Qualität der Arbeit sind bei Pflegefachkräften eng miteinander verknüpft, d.h. die Pflegequalität hängt mit der Sicherheit der Patient*innen zusammen. Im Gegenteil, das Risiko von Fehlern und möglichen Folgeschäden, bisweilen gar mit Todesfolgen, wird in Kauf genommen!

Arbeitsbedingungen nicht vergessen

Mit den Beiträgen, die nur die ungedeckten Kosten der praktischen Ausbildung der Betriebe abgelten, wird die Verweildauer im Beruf nicht gestärkt. Genauso wenig werden Beiträge für Massnahmen zur Reduktion von Ausbildungsabbrüchen die Verweildauer der Pflegenden sichern, sofern die Ausbildung dann auch noch gelingen mag. Die Arbeitsbedingungen sind ein komplementärer Faktor zur Ausbildungs-offensive, die zwingend mitberücksichtigt werden müssen. Es gilt die Betriebe mit attraktiven Arbeitsbedingungen, z.B. mit Personal-Pools und mit flexibleren Arbeitszeiten, zu unterstützen. Dies wird die Motivation der Pflegefachkräfte stärken und massgeblich die Attraktivität des Pflegeberufes erhöhen. Die Zielsetzung, genügend Pflegefachkräfte von hoher Qualität

zu haben, wird ohne diese Massnahmen nicht erreicht werden. Das regierungsrätliche Vorhaben wird keine Reinvestition für den Staat sein, sondern führt lediglich die Pflästerli-Politik weiter. Mit allen Mitteln wird versucht, die Kostenwahrheit zu verdrängen und damit das Risiko für Fehler und daraus resultierende mögliche Todesfälle in Kauf genommen.

Nicht euer Ernst?

Die Berufsgruppe ist immer noch stark von Frauen geprägt und sollte daher den Fokus stärker auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf richten. Gemäss Bundesamt für Statistik waren im Jahr 2021 mehr als 80 Prozent der Beschäftigten in der Pflege Frauen. Gesundheitsinstitutionen wären in der Lage, eine adäquate Lösung für die familienergänzende Kinderbetreuung intern anzubieten, die sich an den Arbeitszeiten der Pflegefachkräfte orientiert.

Ein Detail am Rande: Die Vorlage des Regierungsrats enthält hauptsächlich die männliche Form, denn die weiblichen Personen sind ja miteingemeint. Der Regierungsrat nimmt den Willen des Volkes nicht ernst, wenn er eine geradezu lächerliche Erhöhung des Ausbildungszuschlages beschliesst, der auch nach der Erhöhung lediglich ca. 1/3 des Ausbildungszuschlages einer Polizistin oder eines Polizisten in Ausbildung beträgt. Die Gerichte haben bereits in der Vergangenheit bestätigt, dass der Beruf der Polizist*in vergleichbar mit dem Pflegeberuf ist. Wie soll beispielsweise eine 40-jährige Person eine Umschulung in Pflege machen und während der Ausbildung sich und allenfalls ihre Familie mit CHF 3000 oder 3500 unterhalten? Ist dem Regierungsrat bewusst, wie teuer die Wohnungsmieten im Kanton Zug sind? Der Umschulungslohn deckt gerade mal die Miete. Auch ist die Abstufung je nach Familiensituation ein Affront. Weder existiert diese Praxis bei anderen Berufen noch ist sie

sachgerecht. Hat eine Familie Kinder, wird dies mittels Kinder- und Familienzulagen entsprechend honoriert.

Verwaltung statt Betreuung

Weiter kommt hinzu, dass die Zuger Regierung ein administratives Monstrum aufbauen möchte, indem sie die Auszubildenden verpflichten möchte, einen Antrag zu stellen, damit sie die vom Volk bewilligten Zuschläge der Ausbildungsoffensive erhalten. Auch hier gibt es bei einer Person in Ausbildung bei der Polizei keine Analogie. Die Zuger Regierung möchte mit dieser Aufblähung der Administration eine zusätzliche Hürde schaffen, anstatt zusätzliche Stellen in der Pflege zu schaffen.

Der Zuger Regierungsrat scheint die Augen vor dem Pflegenotstand trotz aller Statistiken, trotz aller Warnhinweise zu verschliessen. Auch ignoriert er den Volkswillen aufs Gröbste. Es scheint, als ob es dem Zuger Regierungsrat egal wäre, unter welchen Bedingungen unsere alten Eltern, unsere krebskranken Kinder, unsere Tetraplegiker*innen, unsere Menschen mit Demenz, unsere sterbenden Mitmenschen – um nur einige Beispiele zu nennen – gepflegt werden. ■

Pflegeinitiative Kanton Zug

Alle Unterlagen sind auffindbar unter: Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (zg.ch)

https://zg.ch/vernehmlassungen/vernehmlassung~2023/Einladungen-zu-Vernehmlassungen_5_einfuehrungsgesetz-um-bundesgesetz-ueber-die-foerderung-der-ausbildung-im-bereich-der-pflege-.html

Siehe Downloads 2) Entwurf des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege



Pflegefachpersonal ist unter Dauerstress, emotional und zeitlich – und erst noch schlecht bezahlt!

Bild: DCStudio, Freepik

Sackgasse

Oliviero Reusser, Mitarbeiter vsao

14 Die Mühlen der Politik mahlen langsam – dies ist jeder ein wenig politisch interessierten Person in der Schweiz bewusst. Ganz besonders ist dies der Fall für die Gesundheitspolitik. Grosse Reformschritte oder wenigstens Reförmlen lassen sich seit der Einführung der Fallpauschalen und Spitalfinanzierung 2012 nicht beobachten. Eine etwas polemische Betrachtung unserer Gesundheit.

Trotz einer rekordhohen Zahl an parlamentarischer Aktivität – rund ein Viertel aller Vorstösse der vergangenen Legislatur betrafen die Gesundheitspolitik – steckt diese in einer Sackgasse. Diese hohe Zahl wird zwar teilweise durch Corona und dem starken Bedürfnis, Gesundheitspolitik durch Sozialpolitik zu machen,

Sowieso ist diese mehr Schein als Sein. Die momentan anstehenden Reformen – die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS), die Anpassungen der Vergütungstarife, die Finanzierung der Pflegeleistungen – ziehen sich seit Jahren hin, die EFAS ist seit Einreichung des entsprechenden

sichtbar, erst mit der Pflegeinitiative und Corona rückte das Thema in das Bewusstsein der breiten Bevölkerung. In Pflege und Ärzteschaft spitzt sich die Mangellage und der Druck auf das Personal immer mehr zu, die Spitäler schreiben rote Zahlen und auch ein Grossteil der Patient*innen sollte mittlerweile bemerkt haben, dass diese Wartezeiten nicht normal sind (die Kosten- und Finanzierungsfrage sei hier nicht mal weiter erwähnt). Dass ein vertiefter Blick in die Statistiken zeigt, dass es eigentlich gar nicht so schlimm ist, ist keine gute Nachricht: Das Gesundheitswesen ist eine tickende Zeitbombe.

Der Bevölkerung reinen Wein einschenken

Ein unterbeachteter Aspekt der Problemsituation ist die Kommunikation derselben. Denn: Von Seiten der Entscheidungsträger hin zur Bevölkerung ist diese kläglich gescheitert, die Öffentlichkeit wird regelmässig für dumm verkauft. Zuoberst auf dem Sorgenbarometer finden sich dieses Jahr die Krankenkassenprämien – zu Recht. Dass die genauen Prozente hiervon zwar von den realen Kosten abhängen, aber auch politisch gesteuert sind, wissen die wenigsten, ebenfalls, wie so ein Spitalaufenthalt eigentlich genau finanziert wird. Wenigstens ist es schockierend, wenn der behandelnde Spezialarzt von der Hausärztin oder dem Spital die vorher gemachten Röntgenbilder – darum ist man ja überhaupt beim Spezialarzt – gar nicht erhalten hat. Diesen Arzttermin hätte man sich sparen können – wie es dazu kommen konnte, weiss man aber nicht.

An der Kommunikation zeigen sich exemplarisch zwei typische Fälle von Swissness. Einerseits sind dies die tief verankerte Anspruchshaltung und Privilegien, die wir uns als wohlhabende Gesellschaft ja wohl leisten sollen. Höchste Behandlungsqualität, und zwar sofort und fast überall – ja, auch beim Ski-



Wer mehr als eine Schürfung hat, ist froh, wenn ein funktionierendes Gesundheitssystem zur Verfügung steht.

wieder relativiert. Wenigstens darüber ist man sich in der Branche einig: Erst kürzlich betonten an einer Podiumsdiskussion hochrangige Vertreter von Krankenkassen, Kantonen, Bund und Ärzteschaft, dass das letzte, was jetzt nötig ist, weitere Regulierung sei. Ob diese auch medial präsenten Einigkeit jemals auch im Bundeshaus ankommen wird, bleibt fraglich.

Vorstosses im Jahre 2009 rekordverdächtig alt. Die Langsamkeit hat mehrere Gründe: ein krampfhaftes Festhalten am Föderalismus, die stark fragmentierte Natur des Schweizer Gesundheitswesens, die politische Polarisierung, die intensive Lobbyaktivität und natürlich die grosse Geldsumme – es gibt viel zu verlieren. Die Folgen davon waren bisher auf grosser Fläche aber noch nicht

fahren in den Bergen. Die Ankündigungen von Spitalschliessungen sind in der Schweiz «Nachrichten non grata» und führten zu teilweise beispiellosen Mobilisierungen der Bevölkerung, dazu wird dann auch der kantonale Gesundheitsdirektor abgestraft. Dass die Einführung der Fallpauschalen aber ein marktwirtschaftliches Mittel war, um eben diese Spitäler einen natürlichen «wirtschaftlichen» Tod sterben zu lassen, sagt nicht einmal der zuständige Bundesrat. Ob die verantwortlichen Personen dies wohl einfach vergessen haben? Dass das kollektive Gedächtnis der Schweizer Öffentlichkeit uns im Stich lässt, zeigt sich hier in voller Stärke. Andererseits ist es die in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz immer öfters auftretende hochnäsige Form der politischen Kommunikation. Es gibt keine Experimente, Unsicherheiten oder Fehler, die begangen werden, Bescheidenheit und Ehrlichkeit sowieso nicht. Es gibt nur Sicherheiten, beste Lösungen, optimistische Prognosen und gute, total einleuchtende Argumente. Ein aktuelles Beispiel: Zwar ist dies nicht Gesundheitspolitik, aber Zuschauer der Medienkonferenz zum Crash der Credit Suisse mögen sich schon gefragt haben, ob es gerade wirklich ein Problem gibt oder gab, irgendwie wurde ja gerade eine super «commercial solution» gefunden. Die Schweizer Politik und ein Grossteil derer Exponent*innen auf allen Ebenen sind sehr erpicht darauf, immer in einer Position von Stärke und Überzeugung aufzutreten und eine Form von Angriffigkeit und Aggressivität an den Tag zu legen, geht es jetzt um Detailpunkte eines Gesetzes oder um einen Bundesratssitz. Dies mutet in unserer Form von Demokratie, die theoretisch von Kompromissen und Gesprächen geprägt ist, seltsam an. Dies insbesondere auch in Anbetracht der härtesten Währung des Bundesstaates: Alle Akteure waren

bei Referenden mal auf der Verliererseite und wissen genau, dass diese Stärke eben oftmals nur vorgetäuscht (oder eingeredet?) ist.

Dem Leidensdruck sei Dank

Im Falle der Gesundheitspolitik kann – zugegebenermassen zynisch – gesagt werden, dass die Probleme früher oder später spürbar sind. Wenn ein Spital pleite ist, ist das wichtig; dasselbe gilt für Patient*innen in langen Warteschlangen oder Todesfälle oder die Angst vor Verringerung des Wohlstandes. Auch hier steht die Schweiz zwar in einer privilegierten Position, von einem reihenweisen Absterben von Patient*innen kann nicht die Rede sein. Und trotzdem mehren sich die Anzeichen, dass es in der hochgelobten Gesundheitsversorgung eben doch bröckelt. Jeder aus der Branche weiss, dass aussteigende Ärzt*innen und Pfleger*innen, Wartelisten, steigende Risiken bei Fehlern von Behandlungen, ungemütliche Flick-Lösungen mit unbekanntem langfristigen Folgen und erschreckende Beispiele von Ineffizienz zum Alltag gehören. Langsam kommt denn auch Bewegung in die Situation und es ist absehbar, dass gewichtige Reformen in der nahen Zukunft umgesetzt werden. Der Druck und die Angst vor der Reaktion der Bevölkerung ist eben doch gross.

Scheinwerfer Departementsverteilung

«Es wird nirgends so viel gelogen wie beim Fischen, nach der Jagd und vor Departementsrochaden im Bundesrat» schrieb die NZZ Ende letzten Jahres. An solch erquickenden Formulierungen wird sich die politikinteressierte Bevölkerung anlässlich der diesjährigen Bundesratswahlen eher weniger erfreuen. Für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens und für die Branche ist die Frage, wer «Alphatier» Berset beerben wird, nicht nur hochspannend, sondern

auch Anlass zur Sorge; ein eigener Artikel könnte sich nur den Spekulationen und Szenarien darüber widmen. Im Gesundheitswesen sind die Verbände besonders stark und kleben an ihren Privilegien. Trotz Bezeichnung als Alphatier hat Berset viele Aspekte mit Samthandschuhen angefasst, ein Rückblick auf sein Erbe zeigt dies (und nicht nur wegen den weit interessanteren Skandalen). In der Gesundheitspolitik fehlen profilierte und respektierte Köpfe, es gibt kaum eine Partei, welche am richtigen Ort wahre Kompetenz hat (und eben, Sozialpolitik ist halt keine Gesundheitspolitik). Angesichts des Potenzials einer kleinen Departementsrochade und bisher im Vordergrund stehenden parteistategischen Überlegungen wird die Branche froh sein, wenn die Bundesratswahl endlich vorbei ist – an einen Befreiungsschlag glauben die wenigsten. ■

vsao

Der Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte ist ein eigenständiger Berufsverband. Er vertritt die beruflichen, standespolitischen und wirtschaftlichen Interessen der angestellten Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz, speziell der Assistenz- und Oberärzteschaft die in den Spitälern tätig ist.

Neueröffnung

16

Nadja Wirth leitet seit Juli 2023 das Sekretariat der Alternative – die Grünen Kanton Zug (ALG). Wir haben sie für das BULLETIN zu einem Gespräch getroffen. Wir führten das Interview einen Tag nach dem Wahlsonntag, am 23. Oktober 2023.

BULLETIN: Wir möchten den neuen Kopf hinter dem Sekretariat der ALG kennenlernen. Bitte erzähl uns von dir.

Nadja: Politisch aktiv bin ich im kantonalen Vorstand der Jungen Grünen Zürich, im nationalen Vorstand der Jungen Grünen und ich amte als Co-Präsidentin der Jungen Grünen Zürich Oberland, wo ich herkomme.

Ich bin ausgebildete Kauffrau (Branche Versicherung). Diese Branche wollte ich jedoch verlassen, da ich einer sinnvollen Arbeit nachgehen möchte. Der Wechsel zur ALG bringt einige neue Aufgaben mit sich. Neu für mich ist, dass ich die Buchhaltung führe, dass ich viel Organisatorisches mache – in einem Wahljahr sowieso. Ich bin viel selbständiger unterwegs, das schätze ich sehr. Die Wahlen waren zwar gerade eine Ausnahme. Da waren sehr viele Leute involviert. Grundsätzlich passt es mir aber sehr gut, dass ich einen hohen Grad an Selbstorganisation haben kann. Natürlich ist im Hintergrund ein Team, mit dem ich in ständigem Kontakt bin, vor allem mit dem Präsidium.

BULLETIN: Hast du mittel- oder langfristige andere Arbeitspläne?

Nadja: Ich studiere Business Administration mit Vertiefung in Public and Nonprofit Management. Ich will mich einerseits weiterentwickeln, andererseits verstehen, was in der Wirtschaft läuft. Mein Beruf soll mir helfen, politisch etwas zu bewegen. Am Studium interessiert mich zum Beispiel der Bereich Human Resources. Da möchte ich lernen, wie man Arbeitsbedingungen verbessern kann. Ein Lückenfüller oder eine Notlösung ist dieser Job also sicher nicht. Es ist ein Teilzeitjob und darum werde ich ihn nicht ewig machen. Während dem

Studium ist es aber perfekt und das Studium geht ja noch vier Jahre.

BULLETIN: Deine Partei musste bei den Wahlen Verluste einstecken. Wie gehst du damit um?

Nadja: Ich weiss noch nicht, wie ich das einordnen soll. Ich weiss auch noch nicht, wie es mir damit geht. Wenn ich nach Zürich schaue, dann



Nadja Wirth an ihrem Arbeitsplatz.

tut es mir leid, dass z.B. Meret Schneider abgewählt wurde. Ich kenne sie und habe beim Thema Massentierhaltung gern mit ihr zusammengearbeitet. Man kann es aber auch so betrachten: Die SP hat in Zürich einen Sitz gewonnen. Also haben wir wenigstens nicht den Sitz an die SVP verloren.

BULLETIN: Was hat dich politisiert?

Nadja: Beim Frauenstreik 2019 arbeitete ich in einem Frauenkollektiv mit. Auch die Klimastreiks haben mich

politisiert. Allerdings ist auch mein Vater bei den Grünen und mein Grossvater war auch schon parteipolitisch aktiv. Kurz vor meiner politischen Mündigkeit, als ich 17 war, hatten die Jungen Grünen einen Anlass, an dem ich teilnahm. Kurz entschlossen wurde ich auch gleich Parteimitglied.

BULLETIN: Was willst du erreichen?

Nadja: Ich möchte ein professionelles Sekretariat. Mir ist es z.B. wichtig, dass der Versand richtig rausgeht, die Buchhaltung sauber und nachvollziehbar ist. Der Vorstand und das Co-Präsidium sollen davon entlastet sein. Viel Arbeit in einer Partei ist ehrenamtlich, dann sollen wenigstens die administrativen Dinge in guten Händen sein. Für viele junge Grüne, die ich kenne, wäre es übrigens eine Traumvorstellung, für politische Arbeit bezahlt zu werden.

BULLETIN: Welche Erfahrungen hast du in der Startphase gemacht?

Nadja: Es war ein spannender Zeitpunkt, im stressigsten Moment einer Legislatur (Wahlen) zu starten. So habe ich in kurzer Zeit sehr viele Leute kennengelernt. Bei Wahlen wollen viele Leute etwas erreichen und wenn es nur die eigene Wahl ist. Diese Motivation hat man bei vielen gespürt. Wenn Leute etwas bewegen wollen, dann steckt das an. Ich finde, dass Zug ein engagiertes grünes Team hat.

BULLETIN: Wann ist das Sekretariat an der Metallstrasse in Zug geöffnet?

Nadja: Ich bin immer Donnerstagnachmittag von 13.30 bis 16.30 Uhr da, falls es Änderungen gibt, dann steht das auf der Website – unter Kontakte. Und nicht vergessen, ich arbeite auch für die ALG Zug, wenn ich nicht im Sekretariat bin.

BULLETIN: Danke für das Interview.

Kipp-Punkt der Politik

Malena Raud, Baar, Co-Präsidentin Junge Alternative Zug

Der politische Rechtsrutsch in Europa hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und zeigt sich durch verschiedene Ereignisse, insbesondere bei den neusten Wahlen. In Deutschland hat die AfD dieses Jahr in den Landtagswahlen praktisch nur Gewinne verbuchen können. Genauso die rechtspopulistische PiS in Polen, welche in den Parlamentswahlen mit 35,4 Prozent den höchsten Stimmenanteil erreichte. In den Wahlen in der Schweiz ging die SVP mit 28,6 Prozent Wähler*innenanteil als Siegerin hervor.

Dieser Rechtsrutsch findet also auch bei uns statt. Aber nicht nur die rechten Mutterparteien, sondern auch ihre Jungparteien und rechtsextreme Organisationen wie die Junge Tat gewinnen an Zuwachs und propagieren eine radikale, nationalistische Agenda gegen Einwanderung, Inte-

viele Bürger abgehängt und haben Angst vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze oder einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Es herrscht eine wachsende Unzufriedenheit mit etablierten politischen Institutionen. Einige finden, dass sie politisch unzureichend repräsentiert werden. Ein



Wir packen an!

gration und institutionelle Reformen. Dies verstärkt die Polarisierung der Gesellschaft und beeinflusst stark die politische Debatte. Wieso fühlen sich so viele Menschen zurzeit nach rechts hingezogen?

Ursachen

Die Ursachen für diesen Rechtsrutsch sind vielschichtig. Die Bevölkerung, vor allem auch die jungen BürgerInnen in der Schweiz, fühlt sich von der wirtschaftlichen Unsicherheit (steigende Lebenskosten, künftige Rente) bedroht. In Zeiten des wirtschaftlichen Wandels und der Globalisierung fühlen sich

weiterer entscheidender Faktor ist die Themenwahl rechtspopulistischer Parteien. Oftmals fokussieren sie sich auf Einwanderung, nationale Identität und Sicherheit, um Ängste und Unsicherheiten in der Bevölkerung zu nutzen und sich als Schützer der «eigenen» Kultur und Interessen darzustellen. Sie bieten scheinbar einfache Lösungen für komplexe Probleme, wie beispielsweise die Betonung nationaler Souveränität und die Einschränkung von Migration als Schlüssel für eine sichere Gesellschaft für den Schweizer Bürger. Medien und soziale Netzwerke haben es rechtspopulistischen Bewe-

gungen ermöglicht, ihre Botschaften weit zu verbreiten und Anhänger zu mobilisieren. Die Verbreitung von Desinformationen befeuert die Angst vor einer unsicheren Zukunft zusätzlich.

Auswirkungen

Sollte dieser politische Rechtsrutsch anhalten, könnten die Auswirkungen beträchtlich sein. Das wissen wir alle. Deshalb ist es umso wichtiger, unsere Position durch eine noch inklusivere Politik zu stärken, auf die Anliegen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen einzugehen und konstruktive, faktenbasierte Lösungen für die bestehenden Herausforderungen aufzuzeigen. Zudem ist die Bekämpfung von Fehlinformationen durch einen auf Verständnis basierten Dialog und die Förderung von Bildung und politischer Aufklärung von entscheidender Bedeutung.

Unser Einsatz

Es ist wichtig, die Gründe für den gefährlichen Trend zu verstehen und gleichzeitig konstruktive Massnahmen zu ergreifen. Dies erfordert Engagement auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft, von politischen Institutionen bis hin zu einzelnen Bürgern. Wir setzen uns weiterhin ein für die Erhöhung des Mindestlohns, die Stärkung der Arbeitsrechte und den Erhalt und Ausbau von sozialen Sicherheitsnetzen. Wir setzen uns ein für bezahlbaren Wohnraum, bezahlbare Gesundheitsversorgung und sinnvolle Altersvorsorge. Für eine menschenrechtsbasierte Einwanderungspolitik, eine auf Respekt basierte Integration und Inklusion kämpfen wir weiter. Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus setzen wir uns ein. Wir konzentrieren uns auf die Stärkung unserer Kernthemen: soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und einen ausgewogenen Ansatz in der Migrationspolitik. Wir kommunizieren offen und transparent, nehmen die Ängste und Sorgen der Menschen ernst. Nur so können wir dem Rechtsrutsch entgegenwirken. ■



Ist ein Tunnel zeitgemäss?

Antonia Martina Durisch, Vorstandsmitglied Grüne Unterägeri

18

In den vergangenen Monaten wurde die Debatte um die Umfahrung Unterägeri intensiviert. Befürworter der Umfahrung präsentierten das Projekt als das Gelbe vom Ei, eine Lösung, die alle Probleme beseitigen würde. Doch diese einseitige Darstellung blendet wesentliche Nachteile aus, die bei genauerer Betrachtung des Projekts zutage treten.

Laut Forschung führt eine neue Tunnelinfrastruktur mit weniger Stau fast immer zu mehr Verkehr. Dieses Phänomen und die Folgen für die umliegenden Gemeinden wurden in der Projektbeurteilung nicht adäquat berücksichtigt, was eine zu positive Einschätzung des Projekts zur Folge hat.

Der Bau des Tunnels würde zehntausende von Lastwagenfahrten erfordern, was Lärm, Emissionen und eine signifikante CO₂-Belastung mit sich bringen würde. Diese Aspekte stehen in einem enormen Widerspruch zu den Klimazielen von Nettonull bis 2050. Vor allem angesichts der Tatsache, dass 38 Prozent des gesamten CO₂-Ausstosses aus dem Verkehrssektor stammen, davon 71,2 Prozent aus dem Individualverkehr (2021) – siehe Kasten / QR-Code.

Die mehrjährigen Bauarbeiten, die hauptsächlich von Osten geplant sind, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zusätzlich zu erheblichen Rück-

staus führen. Durch die vermehrten Schwertransporte durch unser Dorf steigt die Gefahr für Fussgänger:innen an den bestehenden Überquerungen. Besonders an Stellen, die bereits jetzt für Kinder als gefährlich bekannt sind, wird das Unfallrisiko während diesen Jahren massiv ansteigen.

Wir sagen NEIN

Die Frage, die sich hier stellt, ist, ob eine solche Grossinvestition in traditionelle Verkehrsinfrastruktur tatsächlich der richtige Weg ist. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, nachhaltige und zukunftsfähige Mobilitätskonzepte zu entwickeln, erscheint der Bau eines Tunnels als ein Schritt zurück in eine vergangene Ära, die nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht.

Die Gründung diverser Komitees, wie etwa dem Komitee «Schutz vor Mehrverkehr» oder dem «Verein für eine nachhaltige Mobilität», verdeutlicht das

wachsende Bewusstsein und Anliegen der Zuger Bevölkerung, über die negativen Folgen des geplanten Bauprojekts informiert zu werden. Diese Initiativen zielen darauf ab, die Öffentlichkeit aufzuklären und die potenziellen Risiken und Auswirkungen des Vorhabens transparent zu machen. Dadurch soll den Wählerinnen und Wählern eine solide Basis geboten werden, um am 3. März 2024 kompetent und selbstbestimmt abzustimmen.

Wir sagen NEIN zur Umfahrung Unterägeri! Und ich engagiere mich persönlich für eine zukunftsfähige und effiziente Alternative. Es wird Zeit, dass wir Lösungen fördern, die sowohl den heutigen Bedürfnissen als auch den Anforderungen zukünftiger Generationen gerecht werden! ■

Umweltauswirkungen



Bundesamt für Statistik



Grossinvestitionen in den Individualverkehr führen zu induzierten Nachfrageeffekten, die eine Zunahme des Verkehrsaufkommens zur Folge haben. Daher sind solche Investitionen in der heutigen Zeit nicht nachhaltig, da sie unser grundlegendes Verkehrsproblem nicht lösen. Bildquelle: Gemeinde Unterägeri

Nach dem «Rechtsrutsch»

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Die Wahlumfragen haben nicht getäuscht; die rechtsnationale SVP hat zugelegt, die Grünen haben Wähleranteile und Sitze verloren. Der grosse Rutsch nach rechts ist aber viel geringer ausgefallen als befürchtet. Trotzdem – die Grünen müssen über die Bücher, wenn sie wieder über die 10-Prozent-Marke springen und sich dort auf Dauer festsetzen wollen. Dazu ein paar Überlegungen und Fragen.

In der Schweiz regieren die vier Parteien SVP, SP, FDP und Mitte; sie bilden seit Jahrzehnten eine Konkordanzregierung ohne Regierungsprogramm, also ein kaum zu knackendes Machtkartell ohne gemeinsamen politischen Inhalt – ein Bundesrat ohne klares Programm und Konturen. Das heisst, jede dieser vier Bundesratsparteien kann zwischendurch Opposition spielen, was SVP und auch SP immer wieder vorexerzieren. Nach dem Wahlerfolg von 2019 haben die grünen Kräfte richtigerweise den Fokus auf die Umsetzung grüner Vorhaben gelegt; sie sind dabei auch Kompromisse eingegangen, welche allerdings bei Teilen ihrer Basis nicht immer gut angekommen sind. Und trotzdem ist grüne Realpolitik für den Grünspecht der Weg der Zukunft, damit Fortschritte für mehr Klima und Gerechtigkeit erzielt werden können.

Zurück auf die Erfolgsspur

Wahlerfolge lassen sich nicht einfach planen; entsprechend beschwerlich wird der Weg für die Grünen, um wieder an die Wahlerfolge anzuknüpfen. Dazu braucht es klare Positionen, ganz konkrete Antworten nahe an den Sorgen der Menschen, überzeugende Köpfe sowie Lebensfreude und Optimismus. Gerade Letzteres ist bei Wahlen von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Die Warnung vor der Klimakatastrophe mag wissenschaftlich begründet sein, der Weckruf nutzt sich aber sehr schnell ab, je öfter er verkündet wird. Andererseits verfestigen sich Klischees, bezogen auf die Grünen vor allem das negative Klischee der angeblichen

Verbotspartei. Dieses Klischee wird von Medienschaffenden immer wieder verbreitet und dann in den sozialen Blasen vertausendfacht. Grün ist aber bekanntermassen die Farbe der Hoffnung; entsprechend sollte die Partei auch Hoffnung und Zuversicht ausstrahlen.

Der ehemalige Genfer Staatsrat Robert Cramer hat dies nach der Nicht-Wiederwahl von Lisa Mazzone in einem Gespräch mit RTS zum Ausdruck gebracht: «Pour aller de l'avant, il faut amener des solutions et ce doit être des solutions sympathiques, pas des solutions qui rendent les gens malheureux.»

Klare Positionen und konkrete Forderungen

Der zweite Aspekt sind die klaren Positionen. Das Programm für die Legislatur ist eine gute Basis. Mit Programmen lassen sich aber kaum neue Wählerinnen und Wähler gewinnen; das Programm muss konkretisiert werden und auf die brennenden Themen der Menschen eingehen. Kurz, es braucht griffige Schlagzeilen und Forderungen, zu denen die Wählenden Ja sagen können. Ein Beispiel: In der Agenda ist von einer «Stärkung der Hausarztmedizin» die Rede. Richtig – nur was heisst das konkret? Die Grünen könnten beispielsweise verlangen, dass in jeder Gemeinde mindestens ein Hausarzt oder eine Hausärztin eine Praxis betreibt, etwa in Verbindung mit einer Apotheke und einem Angebot für Pflege zuhause. Das ist kostensenkend und nah bei den Menschen.

Als dritten Punkt weist der Grünspecht auf den Willen zur Macht hin.

Die Grünen wollen in den Bundesrat; sie haben Kandidatinnen und Kandidaten, sie haben Persönlichkeiten, die dies anstreben und auch die Fähigkeiten dazu haben – und die damit umgehen können, auch nicht gewählt zu werden. Mit «vielleicht» oder «ich will mich nicht verheizen lassen» ist kein Blumentopf zu gewinnen. Der scheidende Präsident Balthasar Glättli hat zu Recht vor einer «Selbstverzweigung» gewarnt.

19



Überzeugende Kandidatinnen und Kandidaten, die selbstbewusst und nicht belehrend auftreten, die sympathisch ankommen, können die Grünen irgendwann ins Bundesratzimmer führen. Die jetzige Zusammensetzung der Landesregierung ist nämlich ein fauler Zauber. ■

Grün gegründet

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

20

Die Grüne Partei der Schweiz feiert dieses Jahr den 40. Geburtstag. Aus diesem Grund liest die Redaktion das Buch, das zu diesem Anlass erschienen ist. Darin beschäftigt sich Werner Seitz mit der Geschichte der Grünen. In den letzten beiden BULLETINS wurde die Zeit zwischen 1970 und 2000 beschrieben. Im letzten Teil wird die Zeit bis heute zusammengefasst.

Unwetterkatastrophen und Hitzesommer rückten in den 2000er-Jahren die Ökologie wieder ins Zentrum. Die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU beruhigten die europapolitischen Diskussionen, und die Klimafrage rutschte auf der politischen Agenda somit wieder nach oben. Das hatte auch für die Grüne Partei der Schweiz (GPS) Folgen: Sie erreichte

Im Sommer 2004 kam es bei den Zürcher Grünen zu einem Eklat, der den weiteren Verlauf der 2000er-Jahre prägen sollte: Die Delegierten wählten das Co-Präsidium der Kantonalpartei (Martin Bäumle und Vreni Püntener) ab, was zum Parteiaustritt von Nationalrat Bäumle führte. Regierungsrätin Verena Diener folgte ihm. Sie gründeten die Grünliberalen Zürich.



Die Sonnenblume ist das internationale Symbol grüner Politik.

2003 bei den kantonalen Wahlen mit 131 kantonalen Mandaten einen neuen Höchststand. Auch bei den Nationalratswahlen konnten die Grünen in diesem Jahr zulegen. Ihre Parteistärke stieg um 2,4 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent, ihre Mandatszahl um 5 auf 13. Erstmals gingen die Gewinne der Grünen nicht zu Lasten der SP. Diese gewann nämlich ebenfalls, wenn auch nur leicht. Die Alternativen Zug holten mit Josef Lang ein Mandat im Nationalrat.

Klimasorgen

Die Sorge um das Klima stand weiterhin im Zentrum; sie wurde unter anderem bestärkt durch den breit rezipierten UNO-Klimabericht. Der Höhenflug der Grünen hielt an: Sie legten bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente von 2004 bis 2007 um 59 Mandate auf 190 Mandate zu. Auch bei den Nationalratswahlen 2007 steigerten die Grünen ihre Parteistärke (+2,2 Prozentpunkte auf 9,6 Prozent). Ihre Mandatszahl stieg um

7 auf 20. Dies war das bisher beste Ergebnis der GPS. Es wurde gekrönt durch die erstmalige Wahl von zwei grünen Ständeräten in Genf und in der Waadt. Die Wahlsiege der GPS hielten bei den kantonalen Wahlen weiter an, und ab 2009 flauten sie etwas ab. Die neu gegründete Grünliberale Partei (GLP) kam bei den Nationalratswahlen 2007 auf 1,4 Prozent Stimmenanteil und holte im Kanton Zürich 3 Mandate. Die SP, deren Wahlverluste sich schon 2004 abgezeichnet hatten, wurde in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre zur grossen Wahlverliererin. Die Grünen vermochten in den 2000er-Jahren auch ihre Vertretung in den kantonalen Regierungen zu steigern (+5 Mandate). 2009 hatten sie neun Regierungsmandate in sieben Kantonen inne.

Konsolidierung und Junge Grüne

Hinter den Wahlgewinnen der GPS in den 2000er-Jahren stand die erfolgreiche Mobilisierung der Wählenden und dass sie es schaffte, alle verbliebenen grösseren grünalternativen Gruppierungen an Bord zu holen: 2002 das Grüne Bündnis Bern, 2004 die Basler «Basta!» und 2009 die Alternativen Zug. Weiter traten der GPS unter anderem die Walliser Grünen (2004) bei sowie das Demokratische Nidwalden (2005). Damit waren der Aufbau und die Konsolidierung der GPS abgeschlossen. In der Folge ergaben sich nur noch kleinere organisatorische Änderungen.

Als 2001 der Berner Nationalrat Ruedi Baumann als Parteipräsident der Grünen zurücktrat, übernahmen seine Nachfolge im Co-Präsidium die Zürcher Nationalrätin Ruth Genner und der Genfer Nationalrat Patrice Mugny. Als Mugny 2003 in die Genfer Stadtregierung gewählt wurde, führte Ruth Genner das Präsidium bis 2008 alleine weiter. Ihre Nachfolge übernahm der Genfer Nationalrat Ueli Leuenberger. Eine wichtige organisatorische Differenzierung der GPS fand im Herbst

2003 mit der Gründung der Jungen Grünen statt. Bereits kurze Zeit später erzielten sie bei den kantonalen und kommunalen Wahlen respektable Ergebnisse. Sie schafften es auch, zwei eidgenössische Volksinitiativen zustande zu bringen.

Erfolgreiche Initiativen und Referenden

Die 2000er-Jahre waren ein Jahrzehnt, in dem die Grünen mit Volksinitiativen und Referenden besonders aktiv und teilweise recht erfolgreich waren. Dabei setzten sie auch auf Themen, die über die Ökologie im engeren Sinn hinausgingen. Ein beachtliches Ergebnis erzielte im November 2000 die 1994 lancierte Volksinitiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frauen und Männer». 46 Prozent stimmten ihr zu; in den sechs lateinischen Kantonen fand sich je eine Mehrheit.

Der grösste Abstimmungserfolg konnte mit der Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» verbucht werden: Sie wurde im November 2005 mit 56 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Aufsehen erregten auch zwei Referenden gegen Vorlagen für steuerliche Begünstigungen: Im Mai 2004 wurde ein entsprechendes Steuerpaket mit 66 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen. Das Referendum war von elf Kantonen und einem linksgrünen Komitee ergriffen worden.

Reaktorkatastrophe

Die Nationalratswahlen 2011 gingen für die Grünen mit einer grossen Enttäuschung aus. Anfang 2011 hatten sie beschlossen, den Kampf gegen AKWs zum Hauptthema ihrer Wahlkampagne zu machen und lancierten die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie». Als nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, Japan, im Frühling 2011 die Atomfrage omnipräsent war, erhofften sie sich Rückenwind. Dem war nicht so. Die Grünen verloren bei den Nationalrats-



Die Delegiertenversammlung (DV) ist das oberste Organ der GRÜNEN Schweiz. Sie tritt mindestens zweimal pro Jahr zusammen und umfasst 165 Delegierte. Die DV ist zuständig für die Verabschiedung von Positionspapieren und Resolutionen, die Parolenfassung zu Abstimmungen, die Lancierung und die Unterstützung von Initiativen, für Statutenänderungen und für die Wahl des Parteipräsidiums.

wahlen von 2011 1,2 Prozentpunkte ihrer Parteistärke (auf 8,4 Prozent) und ihre Mandatszahl sank von 20 auf 15. Immerhin konnten sie ihre beiden Sitze im Ständerat verteidigen. Anders als bei früheren Wahlen wurden die Verluste der Grünen nicht durch die SP kompensiert. Die grosse Siegerin der Nationalratswahlen 2011 war die GLP. Das bisherige Wechselspiel zwischen SP und Grünen schien nun abgelöst worden zu sein durch einen Wettlauf zwischen SP, Grünen und der GLP. Auch bei den kantonalen Wahlen von 2012 bis 2015 verloren die Grünen Mandate.

Bei den Nationalratswahlen 2015 fand – vor dem Hintergrund der dominierenden Wahlkampfthemen Migration, Asyl und Flüchtlinge – ein starker Rechtsrutsch statt: Die SVP erreichte mit 29,4 Prozent den höchsten Stimmenanteil, den eine Partei seit der ersten Proporzwahl von 1919 jemals erzielte. Auch die FDP vermochte zu punkten, die Parteistärke der Grünen sank dagegen von 8,4 auf 7,1 Prozent, die Mandatszahl von 15 auf 11. Das war ihr schlechtestes

Wahlergebnis seit 1999. Die Grünen verloren zudem auch den Ständeratsitz des Waadtländers Luc Recordon.

Aufschwung und Klimastreik

Ab 2016 setzte für die Grünen bei den kantonalen Wahlen wieder ein Aufschwung ein. Dieser bekam ab 2018 zusätzlich Schub durch die weltweit aktive Klimastreikbewegung von Schülerinnen und Schülern, welche Klimastreiks organisierten und die Ausrufung des «Klimanotstands» forderten. Rückenwind erfuhren die Grünen als «Gleichstellungspartei» auch durch den nationalen Frauenstreik von 2019, der auf vielfältige Defizite bei der Gleichstellung hinwies und entsprechende Forderungen stellte. Von dieser Stimmung profitierten besonders die Grünen, welche diesen Bewegungen nahestanden und sich mit ihnen solidarisierten. Bis zu den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2019 stieg die Zahl der Mandate der Grünen in den kantonalen Parlamenten um 41 auf 216. Auch die SP und die GLP vermochten ihre Vertretung zu steigern. Die eidgenössischen

Wahlen 2019 standen ganz im Zeichen der Klima- und Gleichstellungspolitik – und die Grünen starteten durch, ebenso die GLP, wenn auch in geringerem Ausmass und auf niedrigerem Niveau. Die Grünen verdoppelten ihre Parteistärke beinahe (+6,1 Punkte auf 13,2 Prozent) und überholten damit die CVP. Die Mandatszahl der Grünen stieg um 17 auf 28; der Frauenanteil unter den Gewählten betrug mehr als 60 Prozent. Von der «grünen Welle» profitierte bei den Nationalratswahlen 2019 auch die GLP. Auf der Verliererseite standen dagegen sämtliche Bundesratsparteien, auch die SP. Sie erzielte mit 16,8 Prozent ihr schwächstes nationales Wahlergebnis seit hundert Jahren. Die Grünen punkteten auch im Ständerat, wo sie vier zusätzliche Mandate gewannen. Von den fünf grünen Sitzen wurden dort vier durch Frauen besetzt. Beim Versuch, im Bundesrat Einsitz zu nehmen, scheiterten die Grünen jedoch erneut.

Schwächung und Turbulenzen

Die Vertretung der Grünen in den kantonalen Regierungen sank in den 2010er-Jahren von neun auf sieben. In drei Kantonen – Bern, Basel-Stadt und Waadt – konnte das grüne Mandat gehalten werden, in Genf blieb ein Mandat von zweien. Neu dazu kam je ein grünes Mandat in den Kantonen Basel-Landschaft (2011), Solothurn (2017) und Zürich (2019). Verloren gingen dagegen die beiden Mandate in Zug (2010 und 2018) sowie das Mandat in Nidwalden (2010), im Aargau (2016) und das zweite grüne Mandat in Genf (2013).

Erneut Turbulenzen gab es bei den Grünen des Kantons Tessin: Diese verzeichneten zwar seit 2007 unter dem Präsidium von Sergio Savoia gewisse Wahlerfolge, allerdings um den Preis, dass sie sich bei einigen Themen der Lega dei Ticinesi annäherten und rechts der SP politisierten. Dies führte zunehmend zu parteiinternem Widerstand.

Zu einer Spaltung kam es im Dezember 2013 bei der Ökoliberalen Bewegung Schaffhausen. Ein Drittel – davon zwei der vier kantonalen Parlamentarier:innen – wechselten zur GLP.

In Basel-Landschaft schliesslich spaltete sich 2015 eine Gruppe von den Grünen ab. Sie war jedoch erfolglos und die Grünen konnten das Mandat von Maya Graf halten. Im Frühling 2012 wurde das Präsidium der Grünen neu bestellt: Die Nachfolge des Genfer Nationalrates Ueli Leuenberger traten die beiden Nationalrätinnen Adèle Thorens (VD) und Regula Rytz (BE) als Co-Präsidium an. 2016 trat Adèle Thorens (VD) von diesem Amt zurück und Regula Rytz führte die Partei alleine weiter (bis 2020).

Grüne Volksinitiativen

Auch in den 2010er-Jahren nutzten die Grünen die Instrumente der direkten Demokratie intensiv, zumeist im Bündnis mit anderen Parteien und Organisationen. Viermal brachten sie eine eigene Volksinitiative zur Volksabstimmung. Das beste Ergebnis erzielte im November 2016 ihre Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie». 46 Prozent der Stimmenden sagten ja, ebenso sechs Kantone (GE, JU, NE, VD, BL und BS). Die anderen drei Volksinitiativen der Grünen vermochten mit Ja-Stimmenanteilen zwischen 36 und 39 Prozent nur wenig über das rotgrüne Segment hinaus zu mobilisieren: Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft», die Volksinitiative der Jungen Grünen «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung» und «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)». Über ein Dutzend Volksinitiativen und Referenden brachten die Grünen im Bündnis mit der SP und mit überparteilichen Komitees oder Organisationen zur Volksabstimmung. Besonders eng und überdurchschnittlich erfolgreich war

die Zusammenarbeit der Grünen mit der GSoA, an der sich meistens auch die SP mitbeteiligte.

Nach 2019

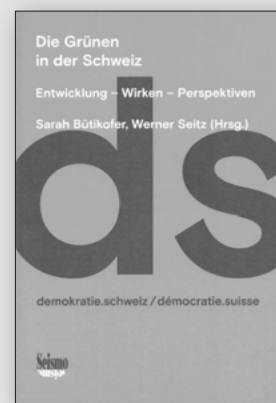
Die «grüne Welle» hielt auch nach 2019 an, auch wenn ab 2020 die Coronapandemie und ab Februar 2022 der Krieg gegen die Ukraine das Umweltthema im öffentlichen Diskurs etwas verdrängten. Dennoch legten die Grünen in 19 Kantonsparlamenten um insgesamt 51 Mandate auf 267 zu (Stand: Ende 2022).

Im September 2022 lancierten die Grünen zusammen mit der SP die «Klimafonds-Initiative», welche einem Paradigmenwechsel gleichkommt: Anstelle des Verursacherprinzips soll ein staatlicher Investitionsfonds für die ökologische Wende eingerichtet werden, mit welchem Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität unterstützt werden sollen. 2020 trat Regula Rytz vom Präsidium der Grünen zurück. An ihre Stelle wurde der frühere Fraktionspräsident, der Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli, gewählt. ■

Die Grünen in der Schweiz

Entwicklung – Wirken – Perspektiven

von Sarah Bütikofer, Werner Seitz (Hrsg.)



Verlag Seismo CHF 30.–

Einsatz fürs Klima

Trix Gubser, Co-Präsidentin Alternative – die Grünen Kanton Zug

23

Im Rahmen eines Schulprojekts in Musik an der Kantonsschule Zug komponierten und texteten Ronja Bruynooghe und Tabea Suter einen Umwelt-Rap. Beide besuchen die zweite Klasse an der Kantonsschule Zug und sind 12 und 13 Jahre alt. Sie wollen mit ihrem Rap andere Menschen auf das Thema aufmerksam machen.

Für Ronja und Tabea ist der Klimawandel ein wichtiges Thema. Ronja meint, die meisten Leute wüssten, dass der Klimawandel existiere, sie wüssten, dass die Eisberge schmelzen, aber es betreffe die Leute nicht, deshalb würden sie sich nicht darum kümmern. Sie hoffe, dass die Menschen endlich begreifen, dass wir «jetzt» etwas tun müssen, um das Klima zu schützen. Denn jeder muss und kann

sich engagieren, nicht nur die Politik! Weiter meint sie, dass viele Menschen sagen, dass sie alleine nichts verändern können, doch das stimme nicht: Jeder könne etwas beitragen. Man müsse ja nicht gleich sein Leben komplett umstellen, sondern seine Gewohnheiten ändern, ohne sich stark einschränken zu müssen – z.B. regional einkaufen, weniger Fleisch essen, Bus statt Auto fahren. ■

Strophe 1

Bäume fallen, Bäume brennen,
Wo führt das alles hin?
Alle Tiere müssen rennen,
dabei macht es keinen Sinn!
Pro Minute verlieren die Wälder:
zweiundvierzig Fussballfelder!
Das ist zu viel für diese Welt,
unter diesem Himmelszelt!

Refrain

Wir dürfen nicht wegsehen,
wir müssen das verstehen,
wir müssen was verändern,
in möglichst allen Ländern!
Wir haben keine Zeit,
der Weg ist noch zu weit,
wir müssen sofort starten,
wir können nicht mehr warten!
Hey, hey!
Umweltschutz ist ein Muss!

Strophe 2

Plastik schwimmt in unseren Meeren,
immer ständig am Vermehren,
Bücher, Tücher, Flaschen, Taschen,
alles starke Unglücksmaschinen!
Tiere führt das ins Verderben,
denn sie werden davon sterben.
Vom winzigen Fisch zum Riesenwal,
doch uns ist das so voll egal!

Strophe 3

Überschwemmung, Unwetter,
ein riesiges Gezeter!
Todesfälle steigen jährlich,
es wird immer mehr gefährlich!
Plötzlich ist der Boden weg,
oder alles schon verbrannt,
jeder kriegt dann einen Schreck,
doch bald ist es schon altbekannt.

Strophe 4

Überall gibt's Gletscherschmelzen,
laufen kann man nur mit Stelzen!
Eisbären finden keine Nahrung,
ist das nicht genügend Warnung?
Am Äquator Trockenheit,
weit und breit keine Flüssigkeit,
bis zur Dehydration!
Selbst in dieser Nation.



24

Angstmacherei. Für eine sichere Zukunft in Freiheit. Jetzt 10-Millionen-Schweiz stoppen. Wie wär's mit: «10-Millionen-Schweiz stoppen, indem wir so viel für den Klimaschutz, die wirtschaftlichen Verbesserungen der Menschen anderenorts und die demokratischen Strukturen weltweit unternehmen, dass sich die Menschen nicht mehr gezwungen sehen, ihr Land zu verlassen?» Stimmt, mit Angstmacherei kann man einfachere Stimmen holen als mit komplexen Wahlerklärungen. ■

Zu viele Ausländer. Und die falschen. Der Leitsatz der SVP unterwegs zur 10-Millionen-Schweiz. Mit den Steuersenkungen in Zug erhöhen wir wieder die Anziehungskraft, weitere «Ausländer» werden sich hier niederlassen wollen. Sind das die richtigen? Diese zahlen wenigstens Steuern! Aha. Aber möglichst wenig, darum Zug und nicht Zürich? Und sie werden auch Wohnungen brauchen. Kein Problem, die können ja die Mieten bezahlen. Alles klar. Und woher kommen dann die heute noch fehlenden Fachkräfte? Und wo sollen diese wohnen? ■

Klimakleber oder freie Fahrt. Geschlechter-Wahn statt Einmaleins lernen. Anpacken statt ankleben. Ruinöse Vorschriften statt produzierende Landwirtschaft. Die SVP hat es mit

ihrer Angstmacherei und Diffamierung geschafft, Stimmen und Sitze zu ergattern. Das kennen wir. Wie wär's mit: «Klima schützen und freie (Velo-) Fahrt. Diversität und Einmaleins. Subventionsvorschriften und produzierende Landwirtschaft.» ■

Mut zur Lösung. Freiheit. Solidarität. Verantwortung etc. Viele Versprechungen auf den Wahlplakaten, wenig Inhalt. Fast gleichzeitig mit den Wahlunterlagen wurden die Schächtelchen der Geschäftsstelle Jodtabletten Schweiz (weil wir im Umkreis von 50 km eines Schweizer Kernkraftwerks leben) verteilt. Sieht so der Mut zur Lösung aus? Wir verteilen Jodtabletten, statt Kernkraftwerke abzuschalten und durch Solaranlagen zu ersetzen. Die versprochene bessere Information zu den Jodtabletten ist bei mir (noch?) nicht angekommen. ■

Ein Brief. An alle Lehrpersonen kantonaler (ZG) Schulen. Viele sind irritiert. Die Botschaft: Kein «Ja, aber...», wenn es um Terrorismus geht. Das Leben ist so unfair. Der Herr Regierungsrat wollte doch nur seine Gedanken mit seinen Mitarbeitenden teilen, jetzt reden die von Indoktrination. Dass Herr Schleiss inhaltlich keine klare Trennung zwischen Palästinensern und Terroristen formuliert und fordert, enttäuscht mich. Und jetzt noch dies:

Peter Gautschi, Professor für Geschichtsdidaktik wird von der Zuger Zeitung interviewt (15.11.2023, S. 21 «Haltet euch an die Geschichtsbücher»). Was er über den Umgang mit einem solchen Thema mit Lernenden sagt, stelle ich nicht infrage. Seine von der Zeitung hervorgehobene Aussage: «Der Regierungsrat schreibt viel Gutes in seinem Brief.» liess mich jedoch ratlos zurück. ■

Bodenrente. In der Schweiz wird mehr Geld über den Besitz von Boden umverteilt als durch Steuern und Sozialabgaben. Die Summen sind gigantisch, jährlich knapp 70 Milliarden Bundessteuern und 80 Milliarden kantonalen und kommunalen Einkommenssteuern stehen etwa 90 Milliarden «Bodenrente» gegenüber, ein Einkommen, das den Besitzer*innen des Bodens zufließt, ohne dass sie dafür eine Leistung erbringen müssen. (Quelle: republik.ch/2023/09/01/die-unsichtbare-milliardenverteilung) ■

Gemeinde-Tageskarten. Seit etwa 20 Jahren können Einwohner*innen bei ihrer Wohngemeinde ÖV-Tageskarten vergünstigt beziehen. Das System wird Ende Jahr geändert, neu spricht man von «Spartageskarte Gemeinde». Die neue Tageskarte soll mit mehre-

ren Preiskategorien attraktiver sein für die Fahrgäste. Von den 1500 bisher anbietenden Gemeinden machen 1000 weiter, auch wenn die Buchung komplizierter wird. Im Kanton Zug werden alle Gemeinden das beliebte Angebot streichen. Die vereinigten Gemeinde-Präsident*innen aller 11 Gemeinden haben beschlossen, das Tageskarten-Angebot nicht mehr weiterzuführen! Bequemlichkeit? Mit Interpellationen und kleinen Anfragen muss jetzt bei Kanton und Gemeinden Druck gemacht werden, damit dieses Angebot auch im Kanton Zug weiterhin zur Verfügung steht. ■

Energieversorgung. Die neuen energiepolitischen Kräfteverhältnisse im Parlament machen es in der nächsten Legislatur nicht einfacher, eine umweltverträgliche Energieversorgung sicherzustellen. Diese Bilanz lässt sich bereits ziehen, auch wenn wichtige kantonale Vertretungen im Ständerat und der Parteienpoker im Bundesrat noch offen sind. Für uns heisst das: Dranbleiben, wach bleiben, aufpassen. ■

Energiegesetz. Die am 26. September beschlossene Reform des Energie- und Stromversorgungsgesetzes schafft die zentralen Grundlagen, um die erneuerbaren Energien zügig auszubauen und den produzierten Strom effizient zu nutzen. Sie stärkt

die Versorgungssicherheit der Schweiz und ermöglicht die Dekarbonisierung der Energieversorgung. Wir haben jetzt ein ausbalanciertes Gesetz, welches Netto-Null-CO₂ im Energiesektor ermöglicht, die Klimaziele greifbar macht und den Atomausstieg sichert. Bedauerlich sind die unverständlichen Rückschritte beim Natur- und Landschaftsschutz. Nun haben Landschaftsschützer das Referendum gegen das neue Stromgesetz ergriffen (Organisationen, die sich im Gesetzgebungsprozess wenig eingebracht oder konstruktiv mitgearbeitet haben). Schade. Ein Referendum bedeutet «zurück zum Start» und wirft uns um Jahre zurück. Freuen würden sich die Gegner der Erneuerbaren und die Atomlobby. ■

Greenwashing. Der Begriff Greenwashing bezeichnet im Finanzsektor die Täuschung von Kundinnen und Kunden bezüglich nachhaltiger Eigenschaften von Finanzprodukten und -dienstleistungen. Der Bundesrat hatte im Dezember 2022 seinen Standpunkt bezüglich Greenwashing-Prävention im Finanzsektor veröffentlicht. Gleichzeitig hat er das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

(UVEK), des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), der Branche und Nichtregierungsorganisationen zu prüfen, wie diese Vorgaben effizient umgesetzt werden können. Das EFD hat den Bundesrat an seiner Sitzung vom 25. Oktober 2023 (10 Monate nach dem Auftrag!) informiert, dass es eine Vorlage erarbeiten wird, um den Standpunkt des Bundesrates zur Vermeidung von Greenwashing umzusetzen. ■

Tunnelblick. Wer lange genug in einem Tunnel läuft, entwickelt einen Tunnelblick, sieht nur noch geradeaus, nicht links, nicht rechts. So könnte erklärt werden, warum unsere Regierung zur grossen Informationsveranstaltung in Unterägeri vier Tunnel-Befürworter und nur eine kritische Stimme eingeladen hatte. Nein, Absicht war das sicher nicht... Aber peinlich ist es trotzdem. Und unfair gegenüber allen Betroffenen auch. ■

Erklärungen zum Artikel «Die Analyse der Wahlen» (Seite 4 ff.)

Gruppenstärke

Die Ständeratsdelegation einer Partei muss mindestens fünf Mitglieder umfassen, um im Büro des Rats vertreten zu sein. Die gleiche Zahl braucht es, um den Anspruch auf Kommissionssitze geltend machen zu können.

Schwellenwert für ein sicheres Vollmandat

Die Anzahl der Sitze, welche den einzelnen Kantonen aufgrund des Verteilungsverfahrens zugeteilt werden, bestimmt die Höhe des Stimmenanteils, den eine Partei bzw. eine Wahlliste in einem Kanton theoretisch überschreiten muss, um ein sicheres Mandat (ein Vollmandat) im Nationalrat zu erhalten. Dieser Stimmenanteil, auch «Schwellenwert» genannt, berechnet sich, indem der Wert 100 Prozent durch die um 1 erhöhte Zahl der Sitze des Kantons dividiert wird.

In Kantonen mit einer geringen Sitzzahl ist der «Schwellenwert» hoch und in Kantonen mit vielen Sitzen ist er niedrig. Im Kanton Zug beträgt er 25 Prozent, bei drei Sitzen.

Quelle: Bundesamt für Statistik



26

RUÄCH - Eine Reise ins jenseitige Europa

Montag, 11. Dezember
20 Uhr
Kino Gotthard

Die Jenischen, die grösste Gruppe Fahrender in der Schweiz, leben heute meist sesshaft. Doch es gibt sie noch, die «Bohémiens en Voyage». Sieben Jahre verbrachten die Filmemacher mit ihnen, in Savoyen, Graubünden und Kärnten. Das Vertrauen wuchs und an die Stelle von Vorurteilen trat gemeinsames Erleben. Gespräche und Musik als Bestandteil einer verborgenen Kultur, die geprägt ist von Freiheitsdrang, alten Wunden und dem Jenischen, das kein Fremder erlernen darf. Ein berührendes Porträt, dessen Eindrücke nachhallen. Q&A mit Andreas Müller, Marcel Bächtiger und Simon Guy Fässler.



MAHATAH – Side Stories from Main Stations

Montag, 8. Januar
20 Uhr
Kino Gotthard

Bahnhöfe, wie jene in Zürich und Kairo, bilden einen Mikrokosmos für Menschen aus allen sozialen Schichten. Hier verdichten sich unterschiedliche Kulturen. Gepflegtes Chaos versus getaktete Pünktlichkeit. Ärgern wir uns in Zürich über zwei Minuten Verspätung, hilft in Kairo nur Gelassenheit. Zwei Paralleluniversen mit Menschen, die sie am Laufen halten, festgehalten in Bildern, die durch den perfekten Schnitt und die eindrückliche Musik in Erinnerung bleiben und vielleicht auch Erinnerungen wachrufen. Franziska Reck ist anwesend für Q&A.



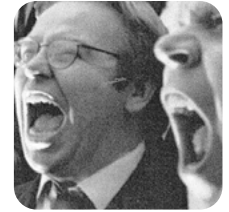
BEYOND TRADITION

Montag, 12. Februar
20 Uhr
Kino Gotthard

Was ist Tradition? Junge Singende stellen sich dieser Frage und versuchen, ihre Wurzeln mit modernem Leben zu verknüpfen. Der Appenzeller Naturjodler Meinrad Koch trifft auf die Samin Marja Mortenson, die mit ihrem Joik, einem Gesang mit schamanischem Ursprung, der samischen Kultur eine Stimme gibt. Ninuca Kakiani ist mit georgischem Jodel gross geworden und befasst sich mit verschiedenen Musikkulturen. Eine grossartige Klangreise auf der Suche nach Identität, Heimat und dem Austausch der Kulturen. Lea Hagmann & Rahel von Gunten sind anwesend für Q&A.



Elke Mangelsdorff, FLIZ,
FilmLiebhaberInnen Zug



Mittwoch, 3. Januar 2024

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

Mittwoch, 7. Februar 2024

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

Mittwoch, 6. März 2024

Alternative Monatsbar

ALG Jahresversammlung
Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

**Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch**



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
+41 79 519 81 91
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Anne Hänel und Frederic Moeri
mail@alternative-cham.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck
b.beck-iselin@bluewin.ch
Daniel Stünzi
dstuenzi@yahoo.com

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Malena Raud & Linus Heim
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen **BULLETIN** Nr. 4, Dez. 2023
Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 630 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen erhalten das BULLETIN gratis
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN
6304 Zug
CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss
Nr. 1/24:
Freitag, 1. März 2024

Erscheinungsdatum
Samstag, 23. März 2024

DAS BULLETIN
gruene-zug.ch/publikationen/bulletin

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

